



Anforderungen der IG Metall an eine bayerische Klimaschutzpolitik

Die IG Metall Bayern bekennt sich zu den Klimazielen von Paris und Berlin. Wir treten ein für ein wirksames bayerisches Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen. Nach klimapolitischer Untätigkeit in den vergangenen Jahren ist der Handlungsdruck umso mehr gestiegen, damit Politik und Gesellschaft einen Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau verhindern.

Klima-Know-how und sozialer Wandel sind der Schlüssel für eine gute und sichere Zukunft.

Wir treten ein für ein gutes Leben. Dazu gehört der Schutz der Natur und der Ressourcen. Zu einem guten Leben gehört zudem sichere Arbeit zu fairen Bedingungen. Sie ist die Existenzgrundlage der Menschen. Wirksamer Klimaschutz und gute Arbeitsbedingungen bedingen sich gegenseitig.

Klimapolitik wird in den nächsten Jahrzehnten ein wesentlicher Treiber für gesellschaftlichen Wandel und Umwälzungen sein. Aufgabe der Politik muss es deshalb sein, gesellschaftliche Verwerfungen zu verhindern und damit die Unterstützung der BürgerInnen und Beschäftigten für eine aktive Klimapolitik sicherzustellen.

Aus diesem Grund müssen Klimagesetze weit über technische Zielzahlen hinausgehen. Um erfolgreich zu sein, muss Klimapolitik auch Sozial-, Bildungs- und Mitbestimmungspolitik bedeuten.

Daher stellt die IG Metall Bayern diese Anforderungen an eine bayerische Klimaschutzpolitik:

- ▶ Klimapolitik ist eine **Spitzen- und Querschnittsaufgabe**. Sie erfordert einen Masterplan über alle Ressorts auf politischer Ebene. Klima- und Industriepolitik müssen miteinander verbunden werden. Es ist Aufgabe der Regierung, den Rahmen und Anreize zur Dekarbonisierung von Industrie und Produkten zu setzen: bei der Entwicklung klimaeffizienter Technologien, neuer Geschäftsmodelle, Innovationsförderungen, regulatorischen Maßnahmen und regions- oder branchenspezifischen Anpassungsprogrammen.
- ▶ Insbesondere die sozialen Folgen und eine **gerechte soziale Verteilung** der Kosten müssen aktiv gesteuert werden. Das betrifft unter anderen



Beschäftigungsentwicklung, Arbeitsbedingungen, Entwicklung der Preise für Energie, Mobilität und Wohnen.

- ▶ Die Beschäftigten sind die wahren ExpertInnen im Betrieb und damit wichtige Innovationstreiber. Ziel müssen bestmögliche Produkte für Verbraucher und Beschäftigte sein, nicht die profitabelsten mit den höchsten Margen für die Eigentümer. **Beschäftigte brauchen deshalb verbindliche Mitbestimmungsrechte** bei wirtschaftlichen Belangen der Unternehmen.
- ▶ Neue Produkte und Produktionsmethoden für besseren Klimaschutz werden das Arbeiten massiv verändern. Kein Beschäftigter darf hier auf der Strecke bleiben. Deshalb brauchen wir **verbindliche Qualifizierungsrechte** für einzelne Beschäftigte und einen Ausbau der Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Personal- und Qualifizierungsplanung im Betrieb.
- ▶ Beschäftigte brauchen eine wirksame Abfederung negativer Folgen der Transformation: Daher erwarten wir von der Bayerischen Staatsregierung eine Bundesratsinitiative für ein **Transformations-Kurzarbeitergeld**.
- ▶ Unternehmen stehen in der Pflicht und Verantwortung, bei Produkten und Produktionsmethoden nachhaltig zu wirtschaften. **Ziel müssen energieeffiziente und klimagerechte Produkte und Dienstleistungen sein**. Wir brauchen eine „Besser statt billiger“-Unternehmenspolitik, um Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze vor Ort zu sichern.
- ▶ Bayern ist als Flächenstaat auch Auto- und Pendlerland. Wir brauchen daher eine **klimafreundliche Mobilitätswende**: eine Stärkung und Verzahnung des öffentlichen Personennahverkehrs, einen massiven Ausbau der Infrastruktur und alternativer Verkehrskonzepte. Bezahlbare Mobilität ist für Beschäftigte existenziell.
- ▶ Nur mit einer **funktionierenden Sektorenkopplung**, die etwa Elektromobilität auf der Basis von erneuerbaren Energien möglich macht, kann es eine gelingende Energie- und Mobilitätswende geben. Deshalb fordern wir auch in Bayern einen beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze, den Ausbau intelligenter Verteilnetze und die Förderung neuer Speichertechnologien.
- ▶ Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** muss in Bayern systematisch und schnell vorangebracht werden. Nur so kann das von den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent am Bruttostromverbrauch auszubauen, erreicht werden.
- ▶ Es ist Aufgabe von Unternehmen und Politik, eine flächendeckende und **universell nutzbare Infrastruktur für alternative Antriebssysteme** (Strom aus erneuerbaren Energien, Gas, Wasserstoff etc.) her- und bereitzustellen.
- ▶ **Beschäftigungspotentiale der Energiewende**, etwa an der Schnittstelle von Energie und Mobilität, müssen gehoben werden.